

Die Krise in Russland

Aufklärungen über die russische
Revolution und Gegenrevolution

von

:: :: W. TSCHERKESOFF :: ::

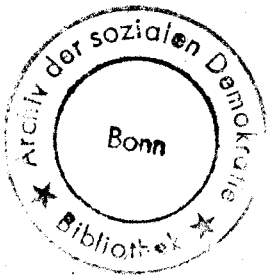
Mit einem Vorwort von *M. N.* über die türkische Revolution
und einem Nachwort von *Gustav Landauer* über soziale und
:: :: :: :: :: politische Revolution :: :: :: :: ::

Preis 10 Pfennig

VERLAG DES SOZIALISTISCHEN BUNDES
BERLIN N.W. 52

1909

-5414



A 81-5414

VORWORT

Wir stehen alle unter dem Eindruck des glänzendsten Beispiels direkter revolutionärer Aktion unserer Zeit.

Auf den blutigen Anschlag der türkischen Reaktion vom 13. April hin — der in manchem Lande für lange hinaus ein endgiltiger Sieg der Reaktion gewesen wäre — eilt in wenigen Tagen die Armee von Saloniki, 40000 Türken, die weite Strecke nach Konstantinopel: und binnen 12 Tagen ist die Hauptstadt erobert, die Reaktion aufs Haupt geschlagen und der Sultan in den Händen des Volksheers und abgesetzt. Was nun späterhin die Politiker und Parlamentarier an diesem Siege verderben mögen, berührt uns hier nicht.

Den Türken, die man in Westeuropa geneigt war, über die Achsel anzusehen, gelang im Handumdrehen dieser revolutionäre Riesensprung durch das halbe Land von Saloniki zum Yildiz Palast: wie kam es, daß während der Jahre 1905 und 1906 niemals russische revolutionäre Truppen die wenigen Kilometer von Kronstadt nach dem Zarensitz Tsarskoe Selo zurückzulegen suchten, um mit festem Griff die Reaktion an der Wurzel zu packen, wie es jetzt eben die Türken taten?

Auf diese Frage gibt die vorliegende Broschüre eine Antwort. Seit ihrem ersten Erscheinen — in der englischen anarchistischen Zeitschrift „Freedom“ — hat die Verratsaffaire Azew noch weiteres Material zur Beurteilung der Parteizustände in Rußland geliefert und gezeigt, wessen Interessen solche zentralisierte und autoritäre Organisationen eigentlich dienen. Möge dieses Beispiel aufklärend wirken, mögen Ereignisse

wie die türkische Revolution vom Juli 1908 und April 1909, wie der Verzweigungskampf der Perser in Täbriz allen, die es angeht, zeigen, daß es in revolutionären Zeiten auf wirkliche gemeinsame Aktion ankommt, nicht aber darauf, daß jede Partei lediglich in ihrer festgelegten Richtung „programmäßig“ vorgeht und sich um alles übrige nicht kümmert.

Das scheint der Hauptfehler in Rußland gewesen zu sein. Die Russen setzten noch während der Revolution ihre Parteipropaganda und ihre gewohnten Diskussionen fort; jede Partei dachte nur an sich; jede fürchtete, die andere könnte es zu einer unwillkommenen Macht bringen. Aber an die Reaktion dachte niemand mehr recht! Die Regierung war durch den Streik vom Oktober 1905 einen Augenblick eingeschüchtert, zumal auch die Beamten von ihm ergriffen waren; und diese Einschüchterung nahmen die Revolutionäre schon für ihren Sieg und ließen alles beim alten. Sofort aber, nachdem die Regierung merkte, daß die Revolutionäre sich mit dem Oktobermanifest begnügten, als sie ihre Schwäche und Dummheit so erkannt hatte, begann die Gegenrevolution. Und sie ist denn doch gelungen, nicht weniger, als es in Deutschland und Österreich 1848, 1849, 1850 der Fall war, und aus denselben Gründen.

Wie es nun weiter gehen wird? Auch in Rußland werden wohl, wenn der finanzielle Krach vor der Tür steht, wie in Österreich und Deutschland in den 60er Jahren, die Liberalen zur Regierung kommen, — wenn es nicht zu den balkanähnlichen Zuständen kommt, die Tscherkessoff voraussieht: dem Verfall in die nationalen Bestandteile.

M. N.

Man hört oft, die russische Revolution sei endgültig zu Boden geschlagen, der Absolutismus habe gesiegt, und der Weiße Schrecken herrsche im ganzen weiten Reiche des Zaren. Solche Behauptungen hört man sogar aus dem Munde von Revolutionären.

Wenn man den gegenwärtigen Stand der Dinge in Rußland vom Standpunkt der oder jener sozialistischen oder fortschrittlichen Parteien ansieht, muß anerkannt werden, daß der Zar, die Bureaukratie und der Militarismus gesiegt haben, weil all diese Parteien — die konstitutionellen Demokraten, die Revolutionärsozialisten und ebenso die Sozialdemokraten — in den letzten zwei Jahren große Verluste erlitten haben, geschwächt und fast desorganisiert sind. Insofern kann man sagen, daß die Revolution, wenn sie nicht endgültig zu Boden geschlagen ist, so doch einen schweren Schlag erlitten hat.

Aber wenn man das Wort »Revolution« in seinem wirklichen, historischen Sinne nimmt, nämlich als die Erhebung eines Volkes gegen die bestehende Ordnung, wie die niederländische Revolution im 16., die englische im 17. Jahrhundert und die große französische Revolution waren — und das sind die einzigen wirklichen Revolutionen, weil sie die politischen und zum Teil die sozialen Zustände von Grund aus änderten — so muß man sagen, daß die russische Revolution nicht nur nicht zu Boden geschlagen ist, sondern erst in ihrem Anfang steht.

Ohne Uebertreibung kann man sagen, daß der Generalstreik im Oktober 1905 der erste Akt war, den

die vereinte Opposition aller Klassen und Nationalitäten des Reichs durchführte. Vor diesem Datum hatte es in den letzten vierzig Jahren mehr oder weniger tatkräftige und erfolgreiche revolutionäre Propaganda und Verschwörungen gegeben, aber all das blieb eigentlich Parteibetätigung; es wurde nicht allgemein und ergriff nicht das ganze Volk. Es kam zu Manifestationen, die oft sehr blutig ausgingen; es gab, ziemlich selten, bäuerliche Unruhen, denen nach der grausamen Tradition der Regierung immer Hinrichtungen und Verwüstungen folgten. Die Revolutionäre der verschiedenen Parteien rächten sich durch Angriffe auf Gouverneure, Polizei, Minister und selbst den Zaren. Aber ich wiederhole: all das blieb, trotzdem es ein heroischer Kampf war, in Wirklichkeit das Vorgehen der oder jener revolutionären Partei.

Die große Demonstration vom 22. Januar 1905, die im Blut von Frauen und Kindern ertränkt wurde, kann als das erste Grollen der nahen Revolution betrachtet werden. Zum ersten Mal in Rußland stellte das Volk — nicht die Arbeiter, die zu einer bestimmten Partei gehörten, sondern die ganze Arbeiterschaft von St. Petersburg, in der alle Parteien vertreten waren — eine allgemeine Forderung des russischen Volkes auf: Repräsentativregierung und das Land für die Bauern.

Diese Forderung ist weder sozialistisch noch sozialdemokratisch, auch nicht rein demokratisch oder politisch; aber als eine Forderung der Nation, des ganzen Volkes bezwang sie alle Parteien und die Regierung.

Während der neun Monate zwischen dem 22. Januar und Oktober erlitten die russische Regierung und ihre Truppen die Schmach von vorher nicht dagewesenen Niederlagen in der Mandschurei. Das Heer war geschlagen und demoralisiert, die Flotte vernichtet. Die Unzufriedenheit war, auch im Heer, allgemein geworden. Als der Moskauer Eisenbahnerstreik spontan allgemein um sich gegriffen hatte und von den Gewerkschaften der Angestellten von Post und Telegraphie unterstützt wurde, gaben die Despoten in St. Petersburg, die durch die Unterbrechung allen Verkehrs erschreckt und iso-

liert waren, den allgemeinen Forderungen nach: das Oktobermanifest gewährte die Verfassung, die Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit.

Ganz Rußland jubelte. Versammlungen und Umzüge wurden veranstaltet; revolutionäre Lieder wurden gesungen. Alle, selbst die wildesten Revolutionäre vergaßen, daß, solange die Institutionen der Bureaukratie und Polizei, diese wirklichen Einrichtungen der Unterdrückung, unverändert und unangetastet blieben, jedes Manifest, das Freiheiten versprach, nichts als ein Stück Papier war, das jederzeit von seinem Verfasser, wenn er es wollte, zurückgenommen werden konnte. Sie hatten vergessen, daß Rechte und Freiheiten nicht von Papieren und Manifesten, sondern von Einrichtungen verbürgt werden.

Außer in Gurien, einer Provinz Georgiens, und den baltischen Provinzen wurde nirgends in Rußland ein Versuch gemacht, die despotische Polizei und Justizverwaltung zu lähmen; nirgends rührte man an die bestehende Ordnung der Dinge. Und als die erste Bestürzung der Regierung vorüber war, als sie all diese Institutionen der Unterdrückung unversehrt sah, brach in ganz Rußland im selben Augenblick und auf die selbe Weise die blutigste und barbarischste Gegenrevolution aus.

Die antisemitischen Pogroms in Odessa, Kiew und an andern Orten; das Niederbrennen des Semstwohauses in Twer und Tomsk; die Metzelleien von Tiflis, Baku, Odessa, denen die in Moskau folgten, eröffneten die Reaktion, die noch dauert.

Die Regierung des Zaren hofft, durch diese Gewaltsamkeiten die Nation einzuschüchtern. Sie möchte sogar gern all die Freiheiten, die sie versprach, und die Verfassung zurücknehmen und das Selbstherrschertum wieder aufrichten. Aber es ist schon zu spät. Ob es gut oder schlecht ist, das konstitutionelle Regiment ist erreicht worden; der erste Teil der Forderung des Volkes in der Demonstration vom 22. Januar ist verwirklicht worden.

Als die erste Duma tagte, wurde sofort der zweite Teil der Forderung: Das Land für die Bauern vorgekommen. Die Duma, obwohl sie bürgerlich war, schlug sehr radikale Agrarreformen vor, die fast die Nationali-

sierung*) des Bodens bedeuteten: den Bauern sollten die Domänen des Staates und der kaiserlichen Familie gegeben werden, das Land des reichen Adels und Klerus sollte zwangsweise enteignet werden, die Amortisation sollte von der Nation übernommen werden. Das Volk, und zwar alle Nationalitäten, zollten der Duma ihren Beifall. Die Regierung merkte, daß die Agrarfrage das wichtigste Problem im Leben des Reichs geworden war. Da kamen der Kaiser und seine Berater auf den Gedanken, den Ruhm der Lösung der Agrarfrage sich selbst vorzubehalten.

Die Duma wurde aufgelöst. Ein Manifest des Zaren ordnete eine neue Lösung der Agrarfrage an. Aber in diesem neuen Plan des Zaren war keine Rede von einer Zwangsenteignung des Landes des Adels und der Geistlichkeit und von der Amortisation durch die Nation.

Überall zeigte sich Verstimmung. Die Regierung antwortete mit der Einsetzung von Kriegsgerichten und der Erklärung des Belagerungszustandes in ganz Rußland. Die Politik der summarischen Hinrichtungen und standrechtlichen Erschießungen begann.

Aber dieses Mal trat dem Absolutismus die Bauernschaft und Arbeiterklasse des Landes entgegen. Unruhen und Bauernaufstände in den Dörfern, Angriffe auf die Polizei und hohe Beamte und desgleichen die Staatskassen folgten der Auflösung der ersten Duma und der Einführung der Kriegsgerichte. Vier Fünftel derer, die wegen dieser Akte der Empörung vor Gericht gestellt wurden, waren Bauern und Arbeiter. Die Bilanz dieses Kampfes ist furchtbar. Die Zahl der von den Behörden anerkannten Opfer ist:

Von Februar 1905 bis August 1907:

Auf den Straßen getötet	19 144
Hingerichtet und gelyncht	3 481
Auf Gefangenentransporten von den Begleitmannschaften getötet	1 350
Verwundet	20 704
Unbestimmt	935
Insgesamt:	45 614

*) Anmerkung siehe Seite 7.

Von Anfang August 1907 bis Ende des Jahres wurden durch die Kriegsgerichte 735 Personen hingerichtet. Während der ersten drei Monate des Jahres 1908 richteten diese Gerichte 412 Personen hin. Täglich werden durchschnittlich 3 oder 4 Personen ohne Unterschied des Alters oder Geschlechts hingerichtet. Junge Mädchen werden ebenso wie zehnjährige Knaben gehängt oder erschossen, gleich dem jungen Rybnikoff, dem Schüler der Vorschule des Gymnasiums von Tiflis.

Zu dieser Zahl von Erschossenen, Gehängten und Verwundeten müssen 5000 zu Zuchthaus Verurteilte und 13 000 in Untersuchungshaft Befindliche gezählt werden, die hingerichtet, zu Zuchthaus verurteilt oder verschickt werden. So steigt die Zahl der Opfer auf 64761 Personen.

Aber auch das ist noch nicht alles. Durch „administrative Verfügung“, durch die Polizei und die Militärverwaltung sind bis März 1908 mehr als 78 000 Männer, Frauen, Studenten und Schüler von höheren Schulen nach Sibirien und den nördlichen Provinzen verschickt worden. Gegen Ende März 1908 betrug die Gesamtsumme der Opfer 142 761 Personen.

Von dieser Zahl fielen 4000 als Verteidiger des Absolutismus von der Hand der Revolutionäre. Es darf gesagt werden, daß die Anstifter und Organisatoren der Unterdrückung und des Mordens für ihre Verbrechen gebüßt haben. In den letzten sechs Jahren sind getötet worden: 8 Minister oder gewesene Minister, 1 Erzbischof, 1 Großfürst, 12 Generale, höhere und Stabsoffiziere, 14 Gouverneure von Provinzen und großen Städten und mehr als 20 Polizeidirektoren und Führer von Strafexpeditionen. Der Rest von diesen 4000 waren Offiziere, Polizeikommissare, Kosaken und Soldaten.

142 761 Opfer! Wofür? Um das absolute Regiment

Anmerkung zu Seite 6:

*) Nationalisierung des Bodens: dieser Ausdruck, der in England besonders üblich ist, bedeutet weder Verstaatlichung, noch ist er ganz richtig durch „Einführung des Gemeineigentums“ wiederzugeben. Er heißt: daß Einrichtungen getroffen werden, wonach der Boden durch Maßnahmen der Gesamtheit den Großgrundbesitzern genommen und neu aufgeteilt wird. Sozialisierung wäre der beste Ausdruck, wenn nur erst erfaßt wäre, daß der Sozialismus den Privatbesitz, vor allem der Gemeinde, nicht ausschließt.

Der Uebersetzer.

eines gekrönten Neurasthenikers zu retten, der ein Spielzeug in den Händen von Spiritisten, von schlaunen und habgierigen Mönchen, von brutalen Großfürsten und ungebildeten Offizieren ist, die vor den Japanern Feiglinge waren, aber gegen unbewaffnete Bauern, Frauen und Kinder wüthen. Aber die erstaunlichste Tatsache ist, daß trotz all dem vergossenen Blut der Absolutismus ein für allemal verloren ist. Selbst die dritte Duma, die mit Hülfe der Polizei und der Schwarzen Bande gewählt wurde, hat dem Zaren den Titel Selbstherrscher verweigert.

Zweimal haben der Zar und seine Minister die Verfassung und das Wahlsystem gefälscht; sie haben 142 000 Personen, die sie für die gefährlichsten hielten, verurteilt, deportiert und hingerichtet, — und trotzdem hat das Volk die eine von seinen zwei Forderungen behauptet: die Repräsentativregierung, eine Verfassung. Allerdings eine bureaukratische und klerikale Verfassung, die aber doch nicht viel schlechter ist, als die Verfassung Preußens und anderer deutscher Staaten.

2.

Wie wir im ersten Abschnitt sagten, drängte sich der zweite Teil der Forderungen des Volkes: « Das Land für die Bauern » der Regierung gebieterisch auf. Von der Lösung dieser Frage hängt nicht nur das Wohlergehen der Nation, sondern geradezu die Existenz des Reiches ab.

In der europäischen Presse war oft von der Armut der Bauern, die achtzig Prozent der ganzen russischen Bevölkerung ausmachen, die Rede; aber man kann sich in Europa keine rechte Vorstellung von dem Elend, von dem Grad der Entbehrung machen, zu der das Volk allenthalben in Rußland, vielleicht mit Ausnahme von Polen und Georgien, verdammt ist. Der Militarismus und die Bureaukratie — wozu auch der Adel und die Geistlichkeit gehören — haben alle Nationalitäten des Reichs völlig ausgesogen. Beamtentum und Bureaukratie lasten überall erdrückend auf den Völkern unserer Zeiten; aber in keinem Land ist ihre Zahl — in Rußland sind sie Schmarotzer vom Zaren und der kaiserlichen Familie

angefangen bis zum kleinsten Spitzel herunter — so groß wie in Rußland. Da fast alle Adligen im militärischen oder Zivildienst stehen, lebt der Adel vom Staatsbudget; und ebenso steht es mit der Geistlichkeit, die das Amt hat, die Dorfbewohner wie Spione zu überwachen und in Dummheit zu erhalten.

Das Staatsbudget, das 2400 Millionen Rubel (über 4800 Millionen Mark) beträgt, wird in Wirklichkeit von einer Voksschicht bezahlt, die zu Grunde gerichtet ist: von den Bauern. Die Senatskommission zur Untersuchung der Ursachen des Niedergangs der Landwirtschaft in neunzehn Provinzen Zentralrußlands mit einer Bevölkerung von 35 Millionen wirklichen Russen, hat festgestellt, daß das durchschnittliche Jahresbudget einer Bauernfamilie von fünf Köpfen 320 Mark beträgt. Von dieser Summe werden 80 Mark für Haushaltsartikel und für Ausgaben für die landwirtschaftlichen Arbeiten berechnet. Teilen wir das jährliche Staatsbudget durch die Einwohnerzahl, so ergibt sich, daß jede Bauernfamilie dem Staat achtzig Mark bezahlt. So bleiben 160 Mark jährlich für die ganze Familie, daß heißt noch nicht 40 Mark jährlich für jede Person für Ernährung und Kleidung, also knapp 12 Pfennig pro Tag.

Achtzig Prozent der Bevölkerung leben in solcher Not; und so leidet die Masse der Bevölkerung Hunger und geht in Lumpen. Die Hungersnot ist chronisch geworden, und in jedem Jahr muß eine Bevölkerung von fünfzehn bis zwanzig Millionen Menschen in verschiedenen Teilen des Reichs durch die Regierung oder russische und internationale Privatwohlthätigkeit vom Hungertode gerettet werden. Ein konservativer Schriftsteller, Herr Beklajeff, der für das Gebiet des Bauernlebens eine Autorität ist, schreibt:

„Der Zustand völligen Elends ertötet jeden Wunsch, die Lebenshaltung zu erhalten oder gar zu verbessern, selbst wenn eine Möglichkeit dazu wäre. Der gesunde Menschenverstand rät den Bauern, nur die Häuser in Stand zu halten, weil diese, ob sie schlecht oder gut sind, von den Behörden nicht zur Tilgung von Steuer-rückständen verkauft werden dürfen. Infolgedessen versuchen es die Bauern nicht einmal, für irgend einen

anderen Zweck Geld zu verdienen; und wenn sie welches einnehmen, tun sie ganz vernünftig daran, es lieber gleich zur Zahlung der Steuern zu verwenden.“

Auf der Grundlage des Elends und des Untergangs, die das fiskalische System des Zarismus erzeugt hat — des selben Zarismus, der jeden Versuch der gebildeten Klassen, den Bauern elementaren Unterricht zu bringen, aufs härteste unterdrückt —, erwächst eine Art Leben in sozialer, geistiger und gesundheitlicher Hinsicht, wie es in Europa nur in den dunkelsten Zeiten des Mittelalters gewesen ist.

Die Sterblichkeit ist furchtbar. Wenn in London von je 1000 Personen 13 bis 14 sterben, so sterben in Rußland 40 unter 1000 Personen. Die Sterblichkeit der Kinder beträgt in Norwegen 79 unter 1000 Kindern, in Italien 172; in Rußland beträgt sie in den Zentralprovinzen 217, in einigen andern Provinzen 310 und in den Provinzen Nowgorod, Perm und Wiatka 440 von 1000 Kindern!

Hinsichtlich der Geistesverfassung des Volkes braucht weiter nichts gesagt zu werden, als daß im Jahr 1904 vierzehn Millionen Kinder im schulpflichtigen Alter ohne den geringsten Unterricht waren und daß zur Zeit nur 28 Prozent Russen ihren Namen schreiben können.

Die Verantwortung für diese Opfer, die den Göttern des Elends und der Erbärmlichkeit gebracht werden, tragen völlig und ausschließlich zwei fluchwürdige Menschen: Alexander III. und sein Sohn Nikolaus II. Sie tragen diese Verantwortung, weil zur Zeit der Befreiung der Leibeigenen das jährliche Staatsbudget nur 460 Millionen Rubel (920 Millionen Mark) betrug. Aber seit 1882, seit Alexander III. über Rußland einen Belagerungszustand verhängte, das Land der Unterdrückung durch das Militär und rohe Gewalthaber überantwortete und die Volksschulen und Mittelschulen der Polizei und der Geistlichkeit zur Ueberwachung auslieferte — ein Zustand, der bis zum heutigen Tag andauert — seitdem hat die Regierung des Zaren die Jahresausgaben auf 2400 Millionen Rubel (4800 Millionen Mark) in die Höhe gebracht. Und diese fabelhafte Summe wird ausschließlich von der zugrunde gerichteten Bauernschaft

bezahlt, — denn wir Sozialisten wissen sehr wohl, daß alles, was die Beamten und die Industriefinanz bezahlen, aus der Arbeit der Produzenten geflossen ist.

Der Bauer, der vom Zaren, von seinem Militär, seinen Millionen Gendarmen und Polizeibeamten in Verbindung mit der ungebildetsten, grausamsten und habgierigsten Geistlichkeit der Welt zugrunde gerichtet und in primitiver Unwissenheit gehalten ist, leidet überdies unter dem Mangel an Ackerland und am nötigen Vieh.

In diesem weiten und dünn bevölkerten Reiche hat das Zarentum für Millionen von Bauern einen wahrhaften Landhunger geschaffen. Die Pacht, die von den Bauern an die Adligen und Klöster bezahlt wird, beträgt oft 15, 20 und sogar 25 Rubel pro Morgen, während der Verkaufspreis des Morgen 40, 50, selten 60 Rubel beträgt. So zahlen die Bauern in jedem Jahr den vierten Teil, manchmal fast die Hälfte des Wertes, den ihr Land hat. So versteht man leicht, daß von der Abschaffung der Leibeigenschaft bis zum heutigen Tag der Losungsruf der Bauernschaft gewesen ist: „Land und Freiheit!“ das Motto, das die russischen Sozialisten und Revolutionäre aufgenommen haben und unter dem sich die Freiheitsbewegung in den letzten zehn Jahren entfaltet hat.

Es wurde gesagt, daß der Zar den ganzen Ruhm der Lösung der Agrarfrage sich aneignen wollte. Die Regierung gründete eine „Landwirtschaftsbank für die Bauern“, die den Großgrundbesitzern das Land abkauft und es in kleinen Losen und zu Zahlungsbedingungen, die die Regierung für sehr leicht hält, den Bauern verkauft. Aber wir haben gesehen, die Landbevölkerung kann nicht einmal die Steuern bezahlen, und es ist klar, daß keine Besserung möglich ist, wenn die jährliche Last noch größer wird. Selbst wenn jede Familie zehn bis zwanzig Morgen besäße und alles Vieh und Werkzeug, das erforderlich ist, hätte, müßte sie immer noch 45 bis 60 Prozent ihrer Erträge dem Staat geben.

Die Bauern merkten recht wohl, daß dieser Plan der Regierung ihre wirtschaftliche Lage nicht verbessern konnte. Zur selben Zeit tat die Regierung Schritte zur Abschaffung der alten nationalen Einrichtung des

Gemeindegrundbesitzes, indem sie den Bauern alle möglichen Erleichterungen verschaffte, damit sie ihre Kommune aufgeben und das Land in Privatbesitz nehmen konnten. Auf diese Weise wäre die einzige Form der Gleichheit, die es im russischen Leben gab, zerstört worden, und es wäre natürlich sofort ein Landproletariat geschaffen worden, wie es die Großgrundbesitzer und leider auch die Marxisten so heiß ersehnen. Die Bauern aber meinten, daß diese Maßregeln, weit entfernt, ihre Lage zu verbessern, sogar ihr jetziges armseliges Dasein noch in Gefahr brachten. Ueberall in Rußland brachen zur Antwort auf das Zarenmanifest Bauernunruhen aus, und zwei Jahre der Hinrichtungen und Verschickungen sind nicht im Stande gewesen, diesen Geist der Empörung zu unterdrücken, der im Gegenteil immer noch anwächst und um sich greift.

3.

Es wurde schon (im ersten Abschnitt) darauf hingewiesen, daß die Revolutionäre in den Wochen, die dem siegreichen Generalstreik folgten, alle politischen Einrichtungen und Verwaltungsbehörden des alten Systems unangetastet ließen. In Rußland dachten die Revolutionäre nach vierzig Jahren der Verschwörungen und Empörungen nicht im entferntesten daran, das zu tun, was die Jungtürken sich nach ihrer Erhebung zur ersten Pflicht machten: jeden Gouverneur und Beamten, der als reaktionär bekannt war, zu entfernen und an ihre Stelle Männer, die der neuen Ordnung der Dinge anhängen, zu setzen.

Dieser grobe politische Fehler erklärt sich, wenn wir ins Auge fassen, was für Parteien im Augenblick des Kampfes die herrschenden waren. Es waren die konstitutionellen Demokraten, die Sozialdemokraten und die Revolutionärsozialisten.

Die Erstgenannten waren von Anfang an lediglich eine Partei politischer und friedlicher Verfassungsreformer. Die zweiten sind Marxisten. Diese Pseudorevolutionäre kämpfen in Rußland ebenso wie in Europa in Wirklichkeit für Verfassungsreformen. Die russischen Marxisten waren so eifrig darauf bedacht, diesen Ruf

nicht einzubüßen, daß ihre Blätter in Rußland und im Ausland bei jeder terroristischen Tat unermüdlich die Partei und die heldenmütige Jugend angegriffen und verdammt haben, die diese Kampfweise gegen den Absolutismus für die gegebene hielten.

Was den Sozialismus angeht, den die Sozialdemokraten für ihre Partei mit Beschlag legen wollen, so beschränkten sich in ihrem Aktionsprogramm ihre sozialistischen Forderungen auf den Achtstundentag und Arbeiterschutzgesetze nach dem Muster der kapitalistischen englischen Gesetzgebung. In der Landfrage waren die Sozialdemokraten auf Grund ihrer falschen Theorie von der Konzentration des Kapitals von jeher die erklärten Feinde des russischen Mir und seines Gemeindebesitzes an Grund und Boden. Ihr Führer Plechanoff und seine Nachfolger verkündeten, auf Engels' Broschüren gestützt, die Bauern müßten um ihrer selbst willen, um des Fortschritts der Menschheit und des Sieges des Sozialismus willen ihr Land verlieren; und je schneller das vor sich ginge, um so besser wäre es. Erst ein Jahr vor dem Ausbruch der Revolution machten die Sozialdemokraten unter dem Druck der Bauernbewegung in ihrem Programm einige Zugeständnisse, indem sie z. B. die Forderung auf Zurückgabe von Teilen des Landes an die Bauern hinzufügten, das die Grundeigentümer sich zur Zeit der Abschaffung der Leibeigenschaft betrügerisch angeeignet hatten. Aber der Zusammenhang der Sozialdemokraten mit den Bauern blieb ein sehr geringer; sie entfalteten ihre Tätigkeit hauptsächlich unter den Fabrikarbeitern, verlangten Verfassungsreformen, verwarfen aber den Generalstreik und das revolutionäre Vorgehen.

Die dritte Partei, die der Revolutionärsozialisten, zeichnete sich durch einen sehr energischen und systematischen Kampf gegen die Autokratie aus. Die Hinrichtung von Ministern wie Plehwe, von hohen Würdenträgern, wie dem Großfürsten Sergius, waren das Werk dieser Partei. Ihren theoretischen Anschauungen nach waren sie ebenfalls Marxisten, aber in ihrem Aktionsprogramm unterschieden sie sich von den Sozialdemokraten durch sehr ausgedehnte agrarische Forderungen.

In den Bauernunruhen, die in vielen Provinzen stattfanden, waren die Mitglieder dieser Partei sehr tätig; da sie jedoch tatsächlich Marxisten sind, waren sie mehr Politiker als Sozialisten. Das wurde in ihrem französischen Manifest, das bei Gelegenheit des Attentats gegen Plehwe herausgegeben wurde, offen ausgesprochen: „Wenn in Rußland erst einmal eine Repräsentativregierung auf Grund des allgemeinen Wahlrechts eingeführt ist, werden wir unsere revolutionäre Taktik aufgeben.“

Man sieht, auf Verfassung und politische Scheindemokratie kam ihnen alles an; der Sozialismus trat in den Hintergrund. Ein Sozialist könnte sich erst zufrieden geben, wenn er soziale und wirtschaftliche Umwandlungen erreicht hätte. Auch die Mitglieder dieser Partei — die ebenfalls große Bewunderer von Engels waren — hingen der Agitation für den Generalstreik nicht an. Auch für sie war die Idee des Generalstreiks eine anarchistische Ketzerei, die schon Engels in seinem berühmten Pamphlet gegen die Föderalistische und Kommunistische Revolution von 1873 in Spanien lächerlich gemacht und verhöhnt hatte.

Das waren die drei organisierten Parteien. Wie die andern Parteien sahen die konstitutionellen Demokraten unter dem immer mehr anwachsenden Einfluß der Bauernbewegung ein, daß Reformen lediglich auf dem Gebiete der Politik und der Verwaltung nicht genügend waren: daß mit der Bewilligung politischer Rechte (Gewissensfreiheit, Versammlungsrecht usw.) zugleich die Agrarfrage in dem Sinne gelöst werden mußte, daß der bäuerliche Grundbesitz vergrößert und die Dorfgemeinde und der Semstwo von der despotischen Vormundschaft der Polizei und der Minister befreit werden mußte. Hinsichtlich anderer politischer Reformen war das Programm der konstitutionellen Demokraten dasselbe wie das der beiden sozialistischen Parteien. Das war der Grund, warum bei den Wahlen zur ersten Duma Rußland den konstitutionellen Demokraten eine so überwältigende Majorität verschaffte; der Plan zur Agrarreform, den sie getreu ihren Versprechungen einbrachten, war ehrlich und gründlich: das Land der Staatsdomänen sollte in den bäuerlichen Gemeindebesitz

übergehen und gegebenen Falls sollten die Großgrundbesitzer, das kaiserliche Kabinett und die Klöster zwangsweise enteignet und auf Staatskosten entschädigt werden. Eben um dieses Gesetzentwurfes willen wurden die erste Duma aufgelöst, die konstitutionellen Demokraten vor Gericht gestellt und die Semstvos, die in Wahrheit das Rückgrat ihrer Partei waren, durch die Regierung von allen radikalen Elementen gesäubert.

Angesichts des Charakters dieser drei großen Parteien erhebt sich natürlich die Frage: Wer hat den mächtigen und siegreichen Generalstreik organisiert? Die konstitutionellen Demokraten, die das liberale Bürgertum repräsentierten, konnten nicht dafür verantwortlich gemacht werden; und ebenso wenig die Revolutionärsozialisten und Sozialdemokraten, die die Idee verwarfen. Gewiß also keine von diesen drei Parteien.

Der Generalstreik ging aus der Empörung des öffentlichen Gewissens hervor.

Während der Periode des Krieges war die Regierung, die durch die zahlreichen Schläge im fernen Osten gedemütigt und mit Schmach beladen war, genötigt gewesen, der öffentlichen Meinung Konzessionen zu machen und im sozialen Leben duldsamer zu sein. In noch nicht anderthalb Jahren verbreiteten sich mit unglaublicher Geschwindigkeit über ganz Rußland zahlreiche unpolitische Berufsverbände, wie die der Lehrer, der Semstwoangestellten, der Ingenieure, der Eisenbahner, Journalisten, Aerzte, Telegraphisten usw. Diese Verbände fingen an, in St. Petersburg und Moskau ihre Kongresse abzuhalten. Schließlich wurde sogar in St. Petersburg ein Bund aller Verbände organisiert. Unter den neuen Verbänden war der Bauernbund, der bald einer der wichtigsten und mächtigsten in Rußland werden sollte. Später gab er der ersten und zweiten Duma die besten revolutionären Abgeordneten, und selbst in der dritten Duma, die hauptsächlich von der Polizei und den Verwaltungsbehörden ernannt ist, sind die Mitglieder dieses Bundes die besten Verteidiger der Interessen der Bauern.

Einige Wochen vor dem Generalstreik hielt der Bauernbund einen Kongreß in Moskau ab, und ohne daß er sich für sozialistisch oder revolutionär erklärt

hätte, wurde der Beschluß gefaßt: das Land sollte denen gehören, die es bestellen; das Land sollte nicht Privateigentum, sondern Gemeindebesitz sein; die Gemeinde sollte in ihrem inneren Verwaltungsleben unabhängig und selbständig sein: Semstwo, Gemeindeverwaltung und Parlament sollten auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt werden; der Unterricht sollte obligatorisch und unentgeltlich sein; die Einrichtung der erwählten Friedensrichter sollte wiederhergestellt werden. Jeder konnte sofort merken: dieser Bauernbund hatte ein wahrhaft nationales Programm aufgestellt.

Die konstitutionellen Demokraten stimmten diesen Forderungen des Bauernbundes rückhaltlos zu; die Sozialdemokraten sahen sich genötigt, ihre Theorien den Bauernforderungen anzupassen; die Maximalisten aber — die radikale Richtung der Revolutionärsozialisten, die den Sozialismus in seiner ganzen Ausdehnung vertrat — traten in den Bund ein und fingen in Gemeinschaft mit den Mitgliedern des Bauernbundes die Bauernunruhen an, die der Auflösung der ersten Duma folgten.

Diese Verbände waren die wirklichen organisierten Träger des Generalstreiks von 1905. Aber da sie sich neu gebildet hatten und ihnen die revolutionären Traditionen fehlten, dachten sie gar nicht daran, die Einrichtungen der Verwaltung und Bürokratie in die Hand zu nehmen, und begnügten sich im Augenblick des Sieges mit dem Versprechen einer Verfassung. Angesichts dieses Zustandes der Parteien und Verbände ist es natürlich, daß kein organisierter Widerstand gegen das Hochkommen der Reaktion vorhanden war, und so begann die Reaktion, sowie sie merkte, daß die alte Ordnung der Dinge unangetastet gelassen worden war, die unerhörten Verfolgungen, die noch immer mit ungeschwächter Wut und Grausamkeit weiter gehen.

4.

Als der Generalstreik dem russischen Volk eine Verfassung erobert hatte, gab es, wie wir gezeigt haben, in Wahrheit nur zwei Parteien, von denen man sagen konnte, daß sie die Volksmassen vertraten — die konstitutionellen Demokraten und den Bauernbund. Die

ersteren, die lediglich aus bürgerlichen Radikalen bestanden, waren mit der Verfassung, wie sie anfangs publiziert wurde, fast zufriedengestellt. Sie hatten allerdings weitergehende Rechte, z. B. das allgemeine Wahlrecht, verlangt; aber als eine Partei, die sich auf die gesetzlichen und gesetzgeberischen Mittel im wesentlichen beschränken wollte, glaubten sie, mit der Verfassung, wie sie gewährt worden war, könnte das Werk der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wiedergeburt Rußlands vollbracht werden.

Der neu geschaffene Bauernbund hatte keine eigentliche Organisation im Land: sein Programm konnte nur durch einen revolutionären Kampf durchgeführt werden, auf den er jedoch nicht gerüstet war.

Wir haben gesehen, die revolutionären Parteien machten sich die günstige Stellung, die sie einnahmen, nicht zu Nutze, und Bürokratie und Autokratie mußten sehen, daß ihre Macht noch ungebrochen war. Die einzelnen Unruhen und Aufstandsbewegungen in Moskau, den Ostseeprovinzen, Georgien, Kronstadt und andern Städten Südrußlands und Sibiriens konnten leicht unterdrückt werden. Die Städte wurden von den nämlichen feigen Offizieren bombardiert, die sich von den Japanern hatten schlagen lassen; die Dörfer wurden niedergebrannt und die unbewaffnete Bevölkerung, Frauen und Kinder nicht ausgenommen, aufs roheste mißhandelt und erschlagen. Noch jetzt kann man überall in Rußland schwarze Trümmerstätten und Gebäude, die von den Kugeln durchlöchert sind, sehen — die Zeugnisse, die von der barbarischen Soldateska hinterlassen worden sind.

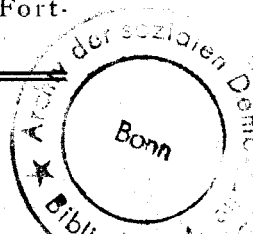
Die sechs Wochen, die dem siegreichen Generalstreik folgten, zeigten dem Zaren und seinen Ratgebern, daß Rußland in zwei Lager geteilt ist. Auf der einen Seite der nichtbeamtete und aufgeklärte Teil der Nation, der gegen den Absolutismus kämpft; auf der andern die korrupte Bürokratie, die Angehörigen der Zivilverwaltung, der Militärverwaltung und ebenso die Geistlichkeit (in Rußland sind die Geistlichen Staatsbeamte) und an der Spitze dieser Staatssippe der Bund des hohen Adels, der Senatoren, Gouverneure, Minister, Erzbischöfe usw. Um mit den fortschrittlichen Parteien

fertig zu werden und den Einfluß des Bauernbundes zu untergraben, sammelte die Regierung die heruntergekommensten Schichten der städtischen Bevölkerung in Patriotenbünden. Diebe und Verbrecher fanden sich in den Reihen dieser Patrioten, deren Führer Kruschewan, Purischkewitsch, Schulgin, Graf Konownitschin, Erzbischof Hermogen und Durnowo, der frühere Minister des Innern, waren — lauter Leute, die in der Vergangenheit Veruntreuungen, Ausschweifungen und Perversitäten auf dem Kerbholz haben. Das ist der Bund, der den Namen „Bund der echt russischen Leute“ führt. Die schändlichen Dienste dieses Bundes hat der Zar, der wohl weiß, daß achtbare Menschen seinen Thron nicht stützen, für sich und seinen Erben erkoren. Die Finanzen des Reiches sind erschöpft, aber auf Befehl des Zaren werden Jahr für Jahr diesem Bunde Millionen von Rubeln gegeben, und seine Mitglieder werden der Polizei zur Verstärkung beigegeben. Das Ministerium des Innern, das in Wahrheit die Polizeiverwaltung ist, gleichviel ob es sich um die geheime, die öffentliche, die politische und die geistliche Polizei oder die Gendarmérie handelt, kostet dem Land 150 Millionen Rubel. Die Gehälter fast aller Polizeibeamten sind im Lauf der letzten zwei Jahre verdoppelt worden, um ihre Anhänglichkeit an den Thron zu stärken. Fast über ganz Rußland ist immer noch der Belagerungszustand verhängt, um die Treue des Heeres mit dem doppelten Sold, der in solchen Zeiten bezahlt wird, zu erkaufen. Der Belagerungszustand, der Ende 1905 in verschiedenen Teilen des Landes für drei oder mehr Monate erklärt worden war, ist auf Verlangen der Militärbehörden bis heute verlängert worden: um ihren Eifer und ihre Rührigkeit zu zeigen, hängen sie jeden Tag unschuldige Menschen, darunter Knaben und Mädchen, gegen die man, wie in vielen Fällen erwiesen wurde, nichts vorbringen konnte, als daß sie ein paar Pfennige gestohlen hatten. Das sogenannte Volksheer ist jetzt in Wahrheit eine korrupte Bande von Söldnern, die mit Hilfe von hunderten von Hinrichtungen (im letzten Jahr 780) und tausenden von getöteten, verwundeten und mißhandelten Bauern und Handwerkern ihren doppelten Sold bekommen.

Zugleich ist die Presse geknebelt, die kleinsten Zusammenkünfte von Freunden sind verboten, und das Leben und Eigentum von jedermann ist der Willkür von Spitzeln und Offizieren, die oft Trunkenbolde und Spieler sind, preisgegeben. Das Spitzelsystem hat die ganze Gesellschaft verseucht, und der Azew-Skandal hat gezeigt, wie Minister, die obersten Behörden und sogar der Hof die Werkzeuge solcher Erzgauner wie Plehwe, Ratschkowsky, Durnowo, Azew und dergleichen sind. In dem offiziellen russischen Leben unserer Zeit hat die Unmoral und Entartung alle ergriffen, und die Begriffe von Pflicht und Ehrenhaftigkeit sind verschollen. Der Zar und seine Familie, die Kreise der Minister und der Regierungsbeamten, Erzbischöfe und Generalgouverneure, alle miteinander arbeiten nur noch für ihr eigenes Interesse und für ihre Bereicherung. Après nous le déluge (nach uns die Sintflut) heißt ihre Losung. Mit allen Mitteln des Verrats und der Brutalität suchen sie das nationale Leben zu unterdrücken und Fortschritt und Entwicklung aufzuhalten, um ihre Macht behaupten zu können.

Dieser Zustand des Verfalls ist nicht plötzlich hervorgetreten. Er ist das Ergebnis eines Jahrhunderts systematischer Verfolgung der Wissenschaft, der Menschenwürde und der individuellen Unabhängigkeit. „Du sollst nicht denken; du sollst blind gehorchen“ — so heißt noch allgemein die Losung in der Schule, der Kirche und der Kaserne. „Rücksichtslos sich durchsetzen und nur an die eigenen Interessen denken“ — das ist dagegen die Moral für die Machthaber selbst.

Durch solch ein politisches System, durch solche Moral, durch solchen wirtschaftlichen Ruin ist das ungeheure Reich in Verfall geraten; und keine Reform und nicht einmal eine Revolution mehr kann es vor dem Untergang retten. Je schneller das „Reich der Knute“ zusammenbricht, um so besser ist es für die Nationalitäten, die jetzt unterdrückt sind, und für die allgemeine Entwicklung und den Fortschritt der Menschheit überhaupt.



NACHWORT

Alle Revolutionen, von denen wir wissen, sind im Zusammenhang mit wirtschaftlicher Not und erbitterter Unzufriedenheit breiter sozialer Schichten gestanden und haben politischen Zielen gegolten.

In allen wirklichen Revolutionen, die wir kennen, sind tapfere Geister die treibenden Kräfte gewesen, die umfassende Teile des ganzen Volks — Bürger, Bauern und Arbeiter — zu entscheidendem Eingreifen brachten.

So war es auch in Rußland in der Bewegung, die verheißungsvoll begann und, wie es scheint, jetzt fürs erste zu einem kläglichen Ende gekommen ist.

So ist es in der Türkei in der Revolution, deren überwältigend schönen zweiten Akt wir jetzt eben als Zuschauer erlebt haben.

In den Ländern, die uns zunächst angehen — z. B. Frankreich, England, Deutschland, Oesterreich und der Schweiz — steht es anders. So wenig es in manchen dieser Länder an Gründen zur Revolution mangelt, so sehr fehlt durchaus jede Gemeinsamkeit des Ziels der Nation.

Mit besonderer Aufmerksamkeit gilt es, in der nächsten Zeit die Zustände und Bewegungen Frankreichs zu beobachten. Die Vorboten sind da, die uns eine in allen Schichten der Bevölkerung wachsende Unzufriedenheit mit der Börsenrepublik und ihren Parlamentariern ankünden. Geht es mit dieser Gärung weiter und bleibt es dabei, daß die Unzufriedenheit nur Gründe hat, aber kein Ziel, so ist lediglich die Frage, für wen das Volk die Kastanien aus dem Feuer holen wird: für das Haus Orléans oder Bonaparte?

Die Aufgabe derer, die in unsern Ländern Zustände der Freiheit und der Kultur schaffen wollen, ist darum nicht, unermüdlich von dem äußersten Mittel der Revolution zu reden, sondern die großen Ziele zu künden und klar zu formulieren, die alle vorgeschrittenen Glieder der Nation, aus allen Bevölkerungsschichten, vereinigen sollen.

Mit dem wesentlichsten Ziel aber, das wir haben, mit dem Sozialismus, der eine Sache aller ehrlichen Menschen, nicht nur der sogenannten Arbeiterklasse im engeren Sinne ist, steht es anders als mit den andern Zielen der Revolutionen, als mit Gewissensfreiheit, Rechtsgleichheit, Verfassung, Gemeindefreiheit, Rede-, Versammlungs- und Pressfreiheit.

Diese politischen Grundrechte der Nation lassen sich mit Hilfe einer provisorischen Regierung der Revolution — ohne die, gleichviel wie sie heißt, es nie Revolutionen gegeben hat und nie welche geben wird — dekretieren, durchsetzen und behaupten.

Der Sozialismus, diese völlige Umwandlung unsrer Besitzverhältnisse, unsres Eigentumsrechts, unsrer Produktion und Zirkulation, kann, wenn er nicht zur Staatsallmacht und zur scheußlichen Wirtschaftsbürokratie führen soll, wenn er vielmehr die Grundlage der unzerstörbaren Freiheit sein soll — Gedeihen und Freude: das sind die unausrottbaren Grundlagen der Freiheit — nicht auf solch eine Revolution warten wollen.

Den Nationen der westeuropäischen Länder fehlt das große gemeinsame Ziel, fehlt das Ideal, das sie vorwärts treibt, weil sie einerseits von all den politischen Freiheiten schon Stücke haben und weil andererseits vom Sozialismus noch nicht das kleinste Stückchen da oder auch nur in greifbarer Nähe ist.

Dieses gemeinsame Ziel so zu schaffen, daß die Nation, die vorgeschrittenen Teile des Volkes, das Volk des Volkes, es gewahren, es ganz ertassen, und es ganz haben wollen: das ist die Aufgabe der Sozialisten in diesen Zwischenzeiten.

Gewissensfreiheit, Rechtsgleichheit, Verfassung, Menschen- und Bürgerrechte, Gemeindefreiheit mußten

und müssen von den Gewalthabern gefordert werden.
Der Sozialismus muß getan werden.

Auch wenn die russische Revolution so siegreich gewesen wäre, wie es die türkische bisher ist: sie hätte nur erreicht, was die andern Völker in den verschiedensten Abstufungen und Unvollkommenheiten bereits haben: Annäherungen an die politische Demokratie.

Man hat bisher von dem Gedanken nicht loskommen können, der Sozialismus sei nur ein Zubehör der Bestrebungen nach politisch-demokratischen Ergänzungsrevolutionen.

Er ist unsagbar viel mehr und anderes!

Er wird mehr und mehr das große Ziel werden, das an die Stelle der kleinen politischen Teilziele tritt, und das der großen Unzufriedenheit und Gärung der Völker Sinn und Richtung, Klarheit und Aufgabe verleiht.

Aber nur dann, wenn er, statt Ideengebilde und Wortpropaganda zu sein, Tätigkeit, Aufbau, Beginn wird.

Die direkte Aktion der Sozialisten sieht ganz anders aus als der Zug der Jungtürken von Saloniki nach Konstantinopel.

Denn solche heroische Aktion dreht sich um die Haupt- und Staatsaktionen der Politik.

Der Sozialismus will mehr, er will Schwereres und Schlichteres wandeln: die Grundlagen all unseres Alltagslebens.

Noch ehe wir unser Ziel erreicht haben, wird an die Stelle des Kriegs zwischen den Staaten eine Art Friede getreten sein, die mit anderm Namen Geschäft heißt.

Wer weiß, ob wir Sozialisten nicht an die Stelle der heroischen Revolution den Heroismus der Arbeit setzen werden?

Aber selbst wenn dieser unser Heroismus der Arbeit, den wir jetzt beginnen wollen, der Arbeit für die eigenen Bedürfnisse in sozialistischen Siedlungen außerhalb des kapitalistischen Warenmarktes, irgendwann einmal zu revolutionären Zusammenstößen zwischen dieser neu entstehenden, schon wahrhaft

seienden Gesellschaft und der dann vielleicht noch stärker als heute mit einander versippten Verschwörung des Staats, der Grundeigentümer und der Kapitalisten führen sollte: sollten wir darum unsere heilige Friedensarbeit lassen wollen, weil es möglich ist, daß sie einst noch einmal zum heiligen Kriege führt?

Gustav Landauer

Die zwölf Artikel des Sozialistischen Bundes.

ARTIKEL 1.

Die Grundform der sozialistischen Kultur ist der Bund der selbständig wirtschaftenden, unter einander in Gerechtigkeit tauschenden Wirtschaftsgemeinden.

ARTIKEL 2.

Dieser Sozialistische Bund tritt auf den Wegen, die die Geschichte anweist, an die Stelle der Staaten und der kapitalistischen Wirtschaft.

ARTIKEL 3.

Der Sozialistische Bund akzeptiert für das Ziel seiner Bestrebungen das Wort Republik im ursprünglichen Sinne: die Sache des Gemeinwohls.

ARTIKEL 4.

Der Sozialistische Bund erklärt als das Ziel seiner Bestrebungen die Anarchie im ursprünglichen Sinne: Ordnung durch Bünde der Freiwilligkeit.

ARTIKEL 5.

Der Sozialistische Bund umfaßt alle arbeitenden Menschen, die die Gesellschaftsordnung des Sozialistischen Bundes wollen. Seine Aufgabe ist weder proletarische Politik noch Klassenkampf, die beide notwendiges Zubehör des Kapitalismus und des Gewaltstaats sind, sondern Kampf und Organisation für den Sozialismus.

ARTIKEL 6.

Die eigentliche Wirksamkeit des Sozialistischen Bundes kann erst beginnen, wenn sich ihm größere Massenteile angeschlossen haben. Bis dahin ist seine Aufgabe: Propaganda und Sammlung.

ARTIKEL 7.

Die Mitglieder des Sozialistischen Bundes wollen ihre Arbeit in den Dienst ihres Verbrauchs stellen.

ARTIKEL 8.

Sie vereinigen ihre Konsumkraft, um die Produkte ihrer Arbeit mit Hilfe ihrer Tauschbank zu tauschen.

ARTIKEL 9.

Sie schicken Pioniere voraus, die in Inlandsiedlungen des Sozialistischen Bundes möglichst alles, was sie brauchen, auch die Bodenprodukte, selbst herstellen.

ARTIKEL 10.

Die Kultur beruht nicht auf irgend welchen Formen der Technik oder der Bedürfnisbefriedigung, sondern auf dem Geiste der Gerechtigkeit.

ARTIKEL 11.

Diese Siedlungen sollen nur Vorbilder der Gerechtigkeit und der freudigen Arbeit sein; nicht Mittel zur Erreichung des Ziels. Das Ziel ist nur zu erreichen, wenn der Grund und Boden durch andere Mittel als Kauf in die Hände der Sozialisten kommt.

ARTIKEL 12.

Der Sozialistische Bund erstrebt das Recht und damit die Macht, im Zeitpunkt des Übergangs durch große, grundlegende Maßnahmen das Privateigentum an Grund und Boden aufzuheben und allen Volksgenossen die Möglichkeit zu geben, durch Vereinigung von Industrie und Landwirtschaft in selbständig wirtschaftenden und tauschenden Gemeinden auf dem Boden der Gerechtigkeit in Kultur und Freude zu leben.

Auszug aus dem Organisationsentwurf des Sozialistischen Bundes.

Der Sozialistische Bund besteht aus Gruppen.

Jede Gruppe ernennt ihren Gruppenwart, der die Geschäfte führt, die Verbindung mit den andern Gruppen unterhält und seinen Namen öffentlich bekannt gibt.

Jedes Mitglied einer Gruppe kann an den Beratungen der andern Gruppen teilnehmen.

Jede Gruppe beschließt selbständig.

Jede Gruppe kann die anderen Gruppen am Platze zu gemeinsamer Tagung der Gruppengemeinde einladen.

Jede Gruppengemeinde kann die Gruppengemeinden und Einzelgruppen bestimmter oder aller andern Plätze zu gemeinsamer Tagung einladen.

Einzelmitglieder des S. B., die noch keiner Ortsgruppe angehören können, schließen sich unter einander zu einer oder mehreren Gruppen zusammen und ernennen ihren Gruppenwart.

Jedes Mitglied einer Gruppe des S. B. kann bei jeder Gruppe, Gruppengemeinde oder Gesamtagung Anträge stellen.

„Der Sozialist“, Organ des Sozialistischen Bundes, erscheint alle 14 Tage. Preis der Nummer 10 Pfennig. Jahresabonnement Mk. 2,10.

„Der Sozialist“ will Feste und Unüberwindliche schaffen helfen.

„Der Sozialist“ will das Denken, das eigene Denken seiner Leser schöpferisch machen: sie sollen wissen, wohin wir zu gehen haben, was wir zunächst und fernerhin zu tun haben, um eine Gesellschaft zu schaffen, zunächst den Anfang und dann den Ausbau einer Gesellschaft zu schaffen, in der es keine Not und Unterdrückung, in der es freudige Arbeit und freudige Erfüllung der Mußestunden gibt.

Die Herausgeber des **„Sozialist“** wissen, daß dazu nicht bloß die Wiederholung der alten Kampftrübe genügt, daß es vielmehr der schöpferischen Umgestaltung nicht nur der Verhältnisse, sondern der Menschen, die die Träger und Erschaffer der Zustände sind, bedarf.

Probenummern versendet die Expedition des **„Sozialist“** Berlin S.O. 26, Skalitzerstr. 24a.

Gelder sind nur an die persönliche Adresse H. Mertins, Berlin N.W. 52, Werftstr. 2 zu senden.

Druck:
W. HABICHT, Berlin S.O. 26
Oranienstr. 15.

A 81